

Mit Wagenknecht kooperieren, um Höcke zu verhindern?

Die CDU steht angesichts aktueller Umfragewerte vor der Frage, ob sie künftig auf Länderebene mit BSW regieren sollte, um die AfD in Regierungsverantwortung zu verhindern. Doch gibt es überhaupt eine Grundlage, um mit der Wagenknecht-Partei Kompromisse zu finden?



von Dr. Hugo Müller-Vogg

Von Gregor Gysi einmal abgesehen, war Sahra Wagenknecht für CDU-Politiker das linke Feindbild schlechthin. Dazu bot sich die einstige Anführerin der „Kommunistischen Plattform“ innerhalb der Linkspartei geradezu an.

Denn die promovierte Volkswirtin steht für vieles, was bürgerlich-konservative Politiker strikt ablehnen: Die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige, höhere Steuern und Sozialausgaben, eine Nato ohne Deutschland oder eine an Russland orientierte Sicherheitspolitik.

Seit Wagenknecht mit ihrer eigenen Partei, dem „Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)“, in die Parlamente einziehen will, wird sie von führenden Unionspolitikern jedoch mit anderen Augen gesehen. In Ostdeutschland sieht die CDU im BSW sogar einen möglichen Koalitionspartner.

BSW und CDU als Partner?

Das gilt besonders für Thüringen mit seinen höchst unklaren Mehrheitsverhältnissen. Dort liegt laut neuesten Umfragen die AfD mit 29 bis 31 Prozent vor der CDU mit 21 Prozent und der Linken mit 16 bis 18 Prozent. Die SPD bleibt unter 10 Prozent, die Grünen befinden sich knapp über 5 Prozent, die FDP deutlich darunter.

Wagenknechts neue Truppe kommt auf 13 bis 15 Prozent. Sie hat offenbar Wähler von AfD und Linkspartei von sich überzeugen können. Ende 2023, also vor der Gründung des BSW, stand die AfD noch bei 34 und die Linke noch bei 20 Prozent.

Eines lässt sich mit Blick auf die Landtagswahl am 1. September vorhersagen. Für eine Neuaufgabe der rot-grün-roten Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) wird es nicht reichen. Auch die vom CDU-Spitzenkandidaten Mario Voigt eigentlich favorisierte Deutschlandkoalition aus CDU, SPD und FDP hat nicht wirklich eine Chance.

Wagenknecht will mit der CDU Gespräche führen

So könnte die Wagenknecht-Partei entscheiden, ob sie Ramelow zu einer neuen Mehrheit verhilft oder Voigt zum Ministerpräsidenten macht. Wagenknecht schließt jedenfalls eine Zusammenarbeit mit der CDU nicht aus.

Nach den Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg werde das BSW „sicher auch mit der CDU“ Gespräche führen, sagte Wagenknecht der FAZ.

In einem Interview mit dem „Spiegel“ unterstrich die einstige Linken-Ikone ihre Offenheit gegenüber der CDU noch deutlicher. Es sei doch besser, „wenn die CDU in Sachsen unter Ministerpräsident Michael Kretschmer mit uns regiert als mit der AfD.“

Kretschmer hält sich bisher gegenüber dem BSW bedeckt. Voigt macht dagegen keinen Hehl daraus, gegebenenfalls in Thüringen mit der Wagenknecht-Partei zusammenzuarbeiten.

Die hat, so Voigt, mit der Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf eine Spitzenkandidatin mit „relativ vernünftigen Verhältnissen“ in den Bereichen Migrations- und Wirtschaftspolitik.



„Kretschmer hält sich bisher gegenüber dem BSW bedeckt. Voigt macht dagegen keinen Hehl daraus, gegebenenfalls in Thüringen mit der Wagenknecht-Partei zusammenzuarbeiten.“